<u>Beschluss:</u>

Der Stadtrat der Stadt Halle

1. **spricht sich gegen die Beschlüsse der Bundesregierung aus, die Laufzeiten der Atomkraftwerke in Deutschland über die im Atomausstiegsbeschluss vereinbarten Restlaufzeiten hinaus verlängern zu wollen.**
2. **appelliert an den Landtag und die Landesregierung, sich nachdrücklich gegen die geplante Verlängerung der Atomkraftwerkslaufzeiten und für den schnellstmöglichen Wandel hin zu einer nachhaltigen, CO_2-neutralen und dezentralen Energieversorgung, und somit für die Interessen der regionalen und kommunalen Energieversorger sowie der Anlagenproduzenten im Bundesland, einzusetzen.**
3. **legt dabei dem Landtag und der Landesregierung nahe, sich der angekündigten Verfassungsgerichtsklage anderer Bundesländer anzuschließen, um die gebotene Beteiligung des Bundesrats an dem Gesetzgebungsverfahren sicherzustellen.**
4. **fordert die Oberbürgermeisterin auf, zur Wahrung der Interessen der Stadtwerke die in die Diskussion gebrachten Instrumente *Schadensersatzklage* gegen und *Entschädigungszahlung* durch die Bundesregierung zeitnah im Verbund mit anderen Kommunen und Verbänden zu prüfen.**